

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Gerd Poppe, Dr. Angelika Köster-Loßack, Dr. Helmut Lippelt und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 13/9339, 13/9913 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Der Deutsche Bundestag verurteilt die Versuche der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien, der Lage im Kosovo mit Mitteln der Gewalt gegen friedliche Demonstrationen und insgesamt gegen die Zivilbevölkerung Herr zu werden. Er verurteilt ebenso die terroristischen Mittel eines kleinen Teils der albanischen Bevölkerung gegenüber serbischen und albanischen Repräsentanten der Macht. Der Deutsche Bundestag fordert beide Seiten dringend auf, den Einsatz von Gewalt unverzüglich zu beenden.

Der Deutsche Bundestag betrachtet die jüngste Zuspitzung der Lage im Kosovo als Ergebnis der langjährigen Nichtbeachtung der Menschenrechte der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo durch die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien. Seit der Auflösung des Parlaments im Kosovo und der Abschaffung der Autonomie im Jahre 1989 hat sich die Regierung Milosevic jedem Versuch einer friedlichen Lösung verweigert. Das Ergebnis ist eine Radikalisierung auch innerhalb der albanischen Bevölkerung, deren geduldigen gewaltfreien Widerstand die internationale Gemeinschaft vielfach gewürdigt hat.

Der Deutsche Bundestag weist den Vorwurf der jugoslawischen Regierung zurück, sich mit Kritik an der Entwicklung im Kosovo und Aufforderungen zur Beachtung der Rechte der albanischen Bevölkerung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Jugoslawien einzumischen. Kritik an der Verletzung von Menschenrechten ist keine Einmischung in innere Angelegenheiten. Im Fall des Kosovo muß zudem davon ausgegangen werden, daß

eine weitere Zuspitzung der Krise zu unabsehbaren Folgen auf die Entwicklung im gesamten Balkanraum führen kann. Deshalb sieht es der Deutsche Bundestag als notwendig an, die internationalen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts umgehend zu verstärken und nach dafür geeigneten Instrumenten zu suchen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die gegenwärtigen Initiativen der Mitgliedstaaten der Bosnien-Kontaktgruppe sowie der EU zur Vermittlung in der Krise im Kosovo. Angesichts der Erfahrung der letzten Jahre, in denen alle Appelle an die Regierung Milosevic zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Vertretern der Albaner im Kosovo ergebnislos geblieben sind, drückt er seine Erwartung aus, daß die Mitgliedstaaten der EU gemeinsam diesen Bemühungen nun den notwendigen Nachdruck verleihen. Der Deutsche Bundestag sieht es als unumgänglich an, daß beide Seiten auf jeweilige Maximalforderungen verzichten müssen, sollen die Verhandlungen zu einem absehbaren und einvernehmlichen Ergebnis führen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Nachbarstaaten der Konfliktregion, insbesondere an Albanien sowie an die Albaner in Mazedonien, sich aktiv an der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts zu beteiligen und alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Eskalation beitragen könnte.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich im Rahmen der VN und der EU dafür einzusetzen, daß der Bundesrepublik Jugoslawien die Wiederaufnahme von Wirtschaftssanktionen angekündigt wird für den Fall ihrer Weigerung, folgende Forderungen zu erfüllen:
  1. sofortige Einstellung gewaltsamer Aktionen gegen die Zivilbevölkerung,
  2. unverzügliche Implementierung der in den Verhandlungen über das Bildungswesen im Kosovo erzielten Ergebnisse,
  3. Aufnahme sofortiger weiterer Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit den Vertretern der albanischen Bevölkerung und dem Angebot internationaler Vermittlung auf der Ebene der Bosnien-Kontaktgruppe, der VN oder der OSZE,
  4. sofortiger Wiederezulassung der Langzeitmission der OSZE oder einer anderen internationalen Beobachtermission im Kosovo;
- sich für eine Verlängerung des VN-Mandats für die Stationierung von „Blauhelmen“ in Mazedonien einzusetzen;
- angesichts der angespannten Lage im Kosovo das Rückübernahmeabkommen mit der Bundesrepublik Jugoslawien aufzukündigen;

- sich für Verhandlungsziele einzusetzen, die eine Verständigung beider Seiten sowohl über die Respektierung der Rechte der Albaner im Kosovo als auch über die staatliche Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien enthalten.

Bonn, den 4. März 1998

**Gerd Poppe**

**Dr. Angelika Köster-Loßack**

**Dr. Helmut Lippelt**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

